



Jahresbericht 2009

Inhaltsverzeichnis

1	Bericht der Koordination	3
1.1	Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen	4
1.2	Vernehmlassungen	5
1.3	Komitees / Aktivitäten	6
1.4	Bulletin	7
1.5	Webseite	7
1.6	Entwicklung der Mitgliederzahlen	7
1.7	Grüne Schweiz	8
1.8	Finanzen	8
1.9	Politischer Ausblick	8
2	Bericht der Fraktion	9
3	Vorstand Grüne Schweiz	12
4	junges grünes bündnis nordwest	13
5	Jahresabschluss 2009 / Budget 2010	14

Basta!

Basels starke Alternative

Rebgasse 1, Postfach
4005 Basel
Tel./Fax 061 / 691 16 31
e-mail: sekretariat@basta-bs.ch
www.basta-bs.ch
PC 40 - 31244 - 5

1 Bericht der Koordination

	Budget 2009	Abschluss 2009	Budget 2010
Löhne Sozialleistungen	54'000.00	50'348.00	55'000.00
Miete und Nebenkosten	8'000.00	8'067.90	7'900.00
Bulletin	6'200.00	5'524.00	6'200.00
Versammlungen	1'000.00	160.00	1'000.00
Aktionen / Komitees	20'000.00	15'936.00	20'000.00
Büromaterial / EDV	4'000.00	1'474.95	2'000.00
Porti / Tel. / Gebühren	6'000.00	4'468.45	4'000.00
übriger Aufwand	1'000.00	567.00	3'000.00
Abgaben JGB	3'000.00	2'000.00	2'000.00
Abgaben GPS	4'000.00	4'060.00	4'000.00
Rückstellungen	0.00	0.00	10'000.00
Total Aufwand	107'200.00	92'206.30	115'100.00
Mitgliederbeiträge	35'000.00	38'600.25	38'000.00
Mandatsabgaben	55'000.00	59'183.85	55'000.00
Spenden	4'000.00	8'190.35	8'000.00
Einnahmen diverse	1'000.00	41.20	500.00
Total Einnahmen	95'000.00	106'015.65	101'500.00
Gewinn / Verlust	-12'200.00	13'409.35	-13'600.00

Die neue Legislaturperiode begann mit einer **bürgerlichen Machtde-
monstration**. Bei den Wahlen in die ständigen Kommissionen des Gros-
sen Rates hat eine geschlossene Mitte-Rechts-Koalition Rot-Grün re-
gelrecht abgestraft. Resultat: Die SVP verfügt jetzt über fast doppelt
so viele Sitze in den Kommissionen wie das Grüne Bündnis, obwohl
beide Fraktionen genau gleich stark sind. Damit hat der Rat die Ge-
schäftsordnung verletzt, die festhält, dass die Fraktionen entsprechend
ihrer Grösse in den Kommissionen vertreten sein sollen. Eine entspre-
chende Beschwerde des Grünen Bündnisses blitzte beim Bundesge-
richt allerdings ab.

Auch unsere **Abstimmungskampagnen** waren nicht von Erfolg ge-
krönt. BastA! hat zusammen mit anderen Gruppierungen das **Refe-
rendum gegen den Wegweisungsartikel** ergriffen. Dieser Gesetzes-
paragraph erlaubt es der Polizei, Personen bis zu 72 Stunden aus ei-
nem bestimmten Gebiet im öffentlichen Raum wegzuweisen, und zwar
auf die blosser Vermutung hin, sie könnten gewalttätig werden. Gegen
diese Einschränkung der Grundrechte setzten wir uns zur Wehr. Wir
waren überzeugt, dass der Wegweisungsartikel nicht mehr Sicherheit
im öffentlichen Raum bringt, sondern im Gegenteil die Rechtsunsie-
cherheit erhöht und der Willkür Tür und Tor öffnet. Zwar haben wir
mit einer Abstimmungsniederlage gerechnet, doch das überaus deutli-
che Resultat mit nur 21% Neinstimmen hat uns doch negativ über-
rascht. Trotzdem war sich die Koordination einig, dass es richtig und
wichtig war, das Referendum zu ergreifen. Immerhin hat die befür-
wortende Seite, allen voran Regierungsrat Gass, in der Abstimmungs-
kampagne mehrfach betont, es gehe nicht darum, Randständige aus
dem Stadtbild zu entfernen, sondern ausschliesslich um Gewaltprä-
vention. An diesen Aussagen werden wir die polizeiliche Praxis mes-
sen. Erste Erfahrungen lassen aber befürchten, dass die Polizei den
Paragraphen sehr weit auslegt.

Noch überraschender war die klare **Absage ans Stimmrechtsalter 16**.
Vor allem das junge grüne bündnis (jgb) hatte sich für diese Vorlage

stark gemacht. Doch die oft unsachliche, reisserische Berichterstattung über zunehmende Jugendgewalt, Rauschtrinken etc. zeitigt offenbar Wirkung. Die Jugend hat in der Öffentlichkeit ein schlechtes Image.

Stark engagiert hat sich BastA! schliesslich für die **Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten**. In Basel hätte es fast zu einem Ja gereicht, gesamtschweizerisch war die Ablehnung deutlich. Am Abstimmungssonntag war der eigentliche Schock jedoch die klare Zustimmung zum **Minarettverbot**. Damit hatte wohl niemand gerechnet. Die Linke wurde auf dem falschen Fuss erwischt. Wie dieses Resultat zu bewerten ist und welche Konsequenzen wir daraus zu ziehen haben, wird uns wohl auch im laufenden Jahr weiter beschäftigen.

1.1 Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen

Im Anschluss an die ordentliche Jahresversammlung am 22. April diskutierten wir die Fragen: Welches politische Profil gibt sich BastA!? und: Entsprechen unsere Strukturen noch den heutigen Anforderungen? Der Koordination wurde der Auftrag erteilt, beide Fragen weiter zu verfolgen und eine Tagung mit Schwerpunktthemen zu organisieren. Die Jahresversammlung verabschiedete ausserdem eine Protestresolution gegen die Verhaftungen kurdischer Politikerinnen und Politiker in der Türkei.

Am 23. Juni waren der emeritierte brasilianische Bischof Don Tomas Balduino und der Aktivist für das Menschenrecht auf Wasser, Franklin Frederick, in Basel zu Gast. An einer von BastA! mit organisierten Veranstaltung mit dem Titel „Wem gehört das Wasser“ berichteten die beiden über ihren Kampf gegen die Multis, allen voran Nestlé, die das Wasser weltweit privatisieren und kommerzialisieren. Frederick Franklin ist bei seinen Aufenthalten in der Schweiz von Nestlé ausspioniert worden. Die Ausführungen der beiden Brasilianer fesselten das zahlreich erschienene Publikum.

Am 21. November trafen wir uns in der Kulturvilla Wettstein zu einer Tagung mit Inputs von Mascha Madörin, Joe Schelbert und Philippe Cabane. Drei Themenschwerpunkte standen im Zentrum: Mascha Madörin kritisierte aus der Sicht der feministischen Ökonomie den

5 junges grünes bündnis nordwest

Auch in diesem Jahr ging es frisch, jung, frech, knackig, grün, rot und energievoll zu und her im jungen grünen bündnis nordwest (jgb).

Trotz hohem Einsatz unsererseits wurde anfangs Jahr das Stimm- und Wahlrechtsalter 16 von der Basler Bevölkerung nicht angenommen, obwohl das Anliegen im Grossen Rat noch eine deutliche Mehrheit gefunden hatte. Und auch die Unterschriftensammlung zur Jugendkulturprozentinitiative musste im Laufe des Jahres aufgegeben werden. Nach einer letzten Anstrengung am Jugendkulturfestival wurde die Zeit zu knapp, und es waren zu wenige Mitunterstützende aktiv geworden. Erfolgreicher waren sechs Vorstösse zu den Veloärgernissen. Nach einer gelungenen Medienkonferenz mit Regierungsrat Wessels wurden die von den drei Vertreterinnen Loretta Müller, Sibel Arslan und Mirjam Ballmer im Grossen Rat eingereichten Anliegen deutlich an die Regierung überwiesen. Das Thema wird nun mit der Tagung der sun21 „Potentiale des Fuss- und Veloverkehrs im urbanen Raum“, an welcher auch das jgb aktiv mitwirkt, weiterverfolgt. Regierungsrat Wessels hat bereits einige Verbesserungen beim Veloroutennetz, die vom jgb gefordert worden sind, angekündigt.

2009 wurde die Aktionsreihe zum Thema „erneuerbare Energien“ und „anti AKW“ mit einer Filmvorführung und anschliessender Diskussion gestartet. Der Anlass war mit ca. 40 Personen gut besucht. Das Thema wird im Jahr 2010 mit weiteren Anlässen intensiv weiterverfolgt.

In diesem Jahr ist es zu Neubesetzungen innerhalb des jgb gekommen. Neu in den Vorstand gewählt wurden Anina Ineichen, Laura Schwab und Basil Schmid. Wieder gewählt sind: Andrea Amstadt, Ramon Glatz, Lena Signer, Mirjam Ballmer, Benj van Vulpen, Franca Mader und Fabio Gassmann. Zurückgetreten sind Adrienne Mattmüller, Gabriel Hofer und Catherine Zemp. Das Co Präsidium setzt sich aus Anina Ineichen und Fabio Gassmann zusammen. Den Zurückgetretenen dankt das jgb herzlich für ihre aktive Mitarbeit im Vorstand.

Seit diesem Jahr verfügt das jgb über einen neuen Flyer mit dem Motto: „mache statt motze.“ Er erklärt kurz und knapp, wer wird sind und warum es sich lohnt, dem jgb beizutreten oder uns zu unterstützen.

Lena Signer und Franca Mader

4 Vorstand der Grünen Partei der Schweiz

Mit meinem letzten Bericht aus dem Vorstand der Grünen Schweiz (ich trete zurück) ziehe ich kurz auch Bilanz. Der Vorstand der Grünen Schweiz ist - vereinfachend gesagt - durch zwei politische Tendenzen geprägt. Für die eine ist die Ökologie das Zentrum, um das sich alles dreht. Die andere erachtet ökologische Fragen zwar auch als wichtig, vertritt aber dezidiert linke Positionen. Dies führt erfreulicher Weise immer wieder dazu, dass linke, soziale und feministische Anliegen eine klare Mehrheit finden. Als Beispiel soll aus der Vorstandsarbeit die Diskussion über die Migrationspolitik angeführt werden. Der Vorstand und die Geschäftsleitung hatten beschlossen, zur Migrations- und Integrationspolitik eine Arbeitstagung durchzuführen. Für BastA! war Brigitta Gerber massgeblich an der Organisation dieser Tagung beteiligt. Nach der gut besuchten Veranstaltung tauchte ein von Yvonne Gilli, Nationalrätin SG und Bastian Girod, Nationalrat ZH verfasstes Papier auf, das in deutlichem Gegensatz zu den an der Tagung erarbeiteten Positionen stand. Dieses Papier gaben die beiden jedoch weder bei der Arbeitsgruppe Migration noch im Vorstand ein, sondern gelangten damit direkt an die Presse, die das Thema dankbar aufgriff. Ueli Leuenberger als Präsident der Grünen hat sich in den Medien über die beiden Nationalräte negativ geäußert, was zwar verständlich war, aber nicht gerade von Führungsverantwortung zeugte. Eine Aussprache im Vorstand war wichtig und brachte ein klares Ergebnis. Alle kritisierten das eigenmächtige Vorgehen von Yvonne Gilli und Bastien Girod. Aber auch von Ueli Leuenberger erwarteten viele Vorstandmitglieder, dass er sich künftig bei solchen internen Meinungsverschiedenheiten in den Medien zurückhält und sich statt dessen mit dem Vorstand über das weitere Vorgehen abspricht. Das Positionspapier, das an der Arbeitstagung verabschiedet worden war, genehmigte der Vorstand übrigens mit grossem Mehr.

Für mich als Mitglied einer linken Gruppierung war erfreulich zu erleben, dass Grundwerte im Vorstand eine gute Basis haben und der Profilierungssucht einzelner NationalrätInnen klare Grenzen gesetzt werden. In diesem Sinne darf sich Brigitta Gerber als meine Nachfolgerin im Vorstand der Grünen Schweiz auf spannende Sitzungen freuen.

Urs Müller

Linkskeynesianismus und berichtete über Resultate einer Studie zur Ökonomie von Care. Joe Schelbert thematisierte die europaweite Krise der Linken, die er darauf zurückführte, dass die Linke ihre Kernthesen vernachlässigt habe und zum Teil sogar eine Vorreiterrolle bei der neoliberalen Umgestaltung der Gesellschaft eingenommen habe. Philippe Cabane schliesslich betonte die Wichtigkeit kultureller Freiräume für die Stadtentwicklung. Wenn der Staat alles kontrolliere und reglementiere, behindere das kreative Prozesse.

1.2 Vernehmlassungen

BastA! hat sich im Rahmen von Vernehmlassungen zu zwei Vorlagen geäußert.

ÖV-Programm: Wie wir bereits im Zusammenhang mit dem ersten öV-Programm bemängelt haben, vermissen wir auch in der zweiten Auflage das strategische Hauptziel: Die Erhöhung des Modal Splits zugunsten des öffentlichen Verkehrs. Dass man das Angebot mit der Erhöhung des Fahrgastkomforts oder mit der Weiterentwicklung der Tarife, vor allem im trinationalen Bereich, oder mit der Verbesserung der Zugänglichkeit für Menschen mit einer Behinderung verbessern will, begrüßen wir. Es handelt sich hierbei jedoch lediglich um konkrete Massnahmen zur Verbesserung des bestehenden Angebots. Aus unserer Sicht müsste der Regierungsrat das strategische Ziel setzen: Erhöhung des Modal Splits zugunsten des öV um 3%. Auch fehlen gänzlich Kriterien, die zu einer Verbesserung der Lufthygiene führen.

Bildungsraum Nordwestschweiz: BastA! begrüsst grundsätzlich Bestrebungen zur Harmonisierung der Schulsysteme. Insbesondere eine Harmonisierung der Lehrpläne und Lehrmittel sowie eine verbindliche Stundentafel wären erstrebenswert. Der von der Regierung ausgearbeitete Entwurf werde aber diesem Anspruch nicht gerecht, kritisierten wir. Eine inhaltliche Harmonisierung finde nicht statt. Enttäuscht zeigten wir uns insbesondere über die dreigliedrige Ausgestaltung der Sekundarstufe I. Damit entstehe eine problematische „Restschule“, in der vorwiegend sozial benachteiligte Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten landen werden. Nicht einverstanden ist BastA! auch

mit der geplanten Einführung einer Basisstufe. Eine derart frühe Selektion, die zwangsläufig entlang sprachlicher und sozialer Trennlinien erfolgen wird, erscheine uns weder wünschenswert noch sinnvoll. Überhaupt orientiere sich der Entwurf nicht am Ziel grösstmöglicher Chancengleichheit aller Kinder, sondern stelle die individuelle Begabtenförderung ins Zentrum. Problematisch erscheint uns auch, dass der Bildungsraum Nordwestschweiz mittels Staatsvertrag eingeführt werden soll, was einem massiven Abbau demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle gleichkommt.

1.3 Komitees / Aktivitäten

Der Verein Städtepartnerschaft Basel-Van, ein kurdisch-türkisch-schweizerisches Gemeinschaftsprojekt, ist zwar politisch unabhängig, doch arbeiten nicht weniger als 10 BastA!-Mitglieder im Verein mit. Ende September des Berichtsjahres besuchte eine Delegation die kurdischen Gebiete im Südosten der Türkei. Im Zentrum der Delegationsreise stand die vom Verein unterstützte Wäscherei in Van-Bostanici. Die Wäscherei konnte vor einem Jahr den Betrieb aufnehmen. Sie bietet Frauen – vorwiegend Binnenflüchtlingen aus den von der türkischen Armee zerstörten Dörfern – nicht nur die Möglichkeit, ihre Wäsche zu waschen, sondern gleichzeitig auch Bildungsangebote wahrzunehmen. Wo die Delegation vor drei Jahren noch einen leeren Acker besichtigte, steht nun die Wäscherei, die rege benutzt wird und sich erfreulich entwickelt hat. Gut steht es auch um das zweite vom Verein seit Jahren unterstützten Projekt, die Kelim- und Keramikwerkstatt in Van. Auch hier werden junge Frauen nicht nur in die Kunst des Teppichwebens eingeführt, sondern erhalten ausserdem Schulunterricht und Beratung in Lebensfragen. Beide Projekte sind auf Antrag des Vereins mit namhaften Beiträgen aus dem Fonds für Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt unterstützt worden, die Wäscherei zudem von der Gemeinde Binningen.

In Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern diverser Organisationen wurde der Delegation allerdings auch eindrücklich geschildert, dass ein grosser Teil der kurdischen Bevölkerung nach wie vor in äusserst prekären Verhältnissen lebt. Erschwerend kommt dazu, dass der türkische Staat in Konfliktsituationen mit unverhältnismässiger

ten Jahr überraschend gestrichen worden waren. Diese Aufstockung wurde aufgrund vager Zusicherungen betreffend der demokratischen Kontrolle der Fachgruppe 9 bewilligt. Ebenfalls im Oktober wurde das neue Kulturfördergesetz beschlossen.

Die Novembersitzung beinhaltete unter anderem eine Änderung des Berufsbildungsgesetzes. Es wurde ein indirekter Gegenvorschlag zur Lehrstelleninitiative beschlossen, der auch dazu führte, dass die Initiative des Jungen Rates wenig später zurück gezogen wurde. Ebenfalls im November wurde die Debatte über das Vorstosspaket der SVP zur „Sicherheit und Sauberkeit“ geführt und es wurde versucht, die menschenverachtende Haltung, die diesen Vorstössen zugrunde liegt, aufzuzeigen. Diesmal gelang es noch, die Vorstösse abzublocken, doch es war klar, dass das Thema nicht vom Tisch ist. Es wurden in der Zwischenzeit weitere Vorstösse eingereicht, die das selbe Ziel verfolgen, jedoch aufgrund der gemässigten Wortwahl durchaus eine Mehrheit finden könnten.

Im Dezember wurde wie gewohnt das Budget beraten, es handelte sich um ein eigentliches „Krisenbudget“, das mit grossem Mehr genehmigt wurde. Kürzungsanträge, die insbesondere gegen das neu geschaffene Präsidialdepartement zielten, wurden jeweils abgelehnt. Abgelehnt wurde auch eine Motion von grünliberaler Seite, die dem Staatspersonal den automatischen Teuerungsausgleich streichen und dafür Leistungslohn einführen wollte.

Über die persönlichen Vorstösse und sonstigen Aktivitäten unserer GrossrätInnen gibt die Homepage des Grossen Rates oder des Grünen Bündnisses einen guten Überblick.

Im ersten Jahr mit neuen Mehrheitsverhältnissen konnten zwar einige Erfolge erzielt werden, es zeigte sich aber, dass die kleinen Mitteparteien, namentlich die neu im Parlament vertretenen Grünliberalen, sich in Sozialfragen als klar rechtsbürgerliche Kraft positionierten, die kaum kaschiert durch ein grünes Mäntelchen hemmungslos Wirtschaftsinteressen verfolgen.

Heidi Mück

Die gewählten Mitglieder der Fraktion blieben im Berichtsjahr konstant, die Fraktion setzte sich aus 8 BastA!-VertreterInnen, 6 Grünen und einem Parteilosen zusammen. Die Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses verlief konstruktiv, Differenzen in einzelnen Sachgeschäften wurden offen diskutiert und wenn sich keine Einigung erzielen liess, beschloss die Fraktion Stimmfreigabe.

Im Folgenden ein selektiver und persönlicher Überblick über Geschäfte, die im Jahr 2009 beschlossen wurden:

In der ersten Sitzung der neuen Legislatur im Februar wurde nach den Kommissionswahlen das IWB-Gesetz beschlossen und die IWB wurden in eine öffentlich-rechtlich organisierte Anstalt ausgegliedert. Die Fraktion stützte den ausgehandelten Kompromiss, die Initiative „Ja zur IWB – erneuerbar und demokratisch!“ wurde wenig später zurückgezogen.

Im März gab der Ratschlag betr. Rechte und Pflichten der Eltern an den Schulen Anlass zu heissen Diskussionen – auch innerhalb der Fraktion. Die Meinungen über die Rechtmässigkeit eines staatlichen Eingriffs in die Freiheiten der Eltern waren geteilt, doch schlussendlich wurde diese Gesetzesänderung, die als ultima ratio auch die Möglichkeit der Elternbussen vorsieht, mit grossem Mehr akzeptiert.

Die Aprilsitzung war für einmal nicht so reich befrachtet, so dass die zweite Sitzung ausfallen konnte. Auch die Traktandenliste der Mai- und Junisitzung konnte in jeweils einem Sitzungstag abgearbeitet werden. In der Bündelitagssitzung wurde traditionsgemäss vor allem über die Staatsrechnung 2008 diskutiert, die einmal mehr sehr positiv ausgefallen ist.

Nach der Sommerpause beschäftigte sich der Grosse Rat in der Septembersitzung mit der Initiative „der Landhof bleibt grün“ und dem Gegenvorschlag „Der Landhof bleibt 85% grün – drei genossenschaftliche Familienwohnbauten mit Quartierparking“. Die Fraktion Grünes Bündnis setzte sich erfolglos für die Initiative und gegen den Gegenvorschlag ein. Inzwischen wurde die Initiative in der Volksabstimmung erfreulicherweise angenommen.

In der Oktobersitzung wurde über den Nachtragskredit betreffend Wiedererwägung der Kürzung bei der Staatsschutz Gruppe 9 im Budget 2009 debattiert. Die Regierung hatte die Wiederaufstockung der 2 Stellen beim Staatsschutz beantragt, die in der Budgetdebatte im letz-

Gewalt reagiert und die Bemühungen zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung mit massiver Repression behindert.

1.4 Bulletin

Das Bulletin erschien in der Berichtsperiode vier Mal und wird an rund 1'200 Adressen verschickt. Irene Amstutz hat sich aus der Redaktion verabschiedet, da sie sich ganz auf die neuen beruflichen Herausforderungen konzentrieren will. Ihr sei an dieser Stelle herzlich für ihr langjähriges Engagement gedankt. Neu zur Redaktion gestossen ist dafür Patrizia Bernasconi, sodass die Redaktion weiterhin aus vier Personen besteht. Ausser Patrizia sind dies Karin Haeblerli, Martin Flückiger und Richard Spillmann.

1.5 Website

Unsere Webseite wird von Urs Thrier betreut und wird rege besucht. Hier können unsere Medienmitteilungen im Wortlaut gelesen werden, finden sich Hinweise auf Aktionen und Veranstaltungen, und auch das Bulletin ist im PDF-Format aufgeschaltet. Ein Link zur Webseite der Fraktion Grünes Bündnis, die ebenfalls von Urs betreut wird, erlaubt es, sämtliche parlamentarischen Vorstösse unserer Fraktionsmitglieder einzusehen. Der „elektronische Talon“ wird immer öfter benutzt und hat uns auch schon neue Mitglieder gebracht.

Wer unsere Homepage noch nie besucht hat, sollte dies tun, es lohnt sich. Die Adresse lautet:
www.basta-bs.ch.

1.6 Entwicklung der Mitgliederzahlen

Die Zahl der Mitglieder ist konstant geblieben. 4 Austritten standen 5 Neueintritte gegenüber. BastA! hat nun 152 Mitglieder. Zu den Mitgliedern im engeren Sinn kommen noch die „Passivmitglieder“ dazu, die BastA! regelmässig mit Spenden unterstützen und den Mitgliederversand erhalten. Diese Kategorie ist von 169 Personen auf 173 angestiegen. Der Mitgliederversand erreicht somit über 300 Personen. Bei den Mitgliedern beträgt der Frauenanteil 46%, bei den „Passivmitgliedern“ 51%.

1.7 Grüne Schweiz

BastA! gestaltet auch die Politik der Grünen Schweiz aktiv mit. Urs Müller vertritt unsere Organisation im Vorstand der Grünen (siehe Kapitel 3). Doch auch an den Delegiertenversammlungen nehmen wir Einfluss auf die politische Ausrichtung der Grünen. So etwa bei der Erarbeitung eines Positionspapiers zum ökologischen Umbau der Wirtschaft. Erfolgreich forderten wir beispielsweise, dass der stetig steigende Pro-Kopf-Verbrauch an Wohnfläche thematisiert wird. Dieser sei aus ökologischer Sicht bedenklich und stehe dem Anliegen, die ausufernde Versiegelung der Böden zu stoppen und den Energieverbrauch der Haushalte zu senken, zuwider. Ein Antrag, die Forderung nach einer weltweiten Tobinsteuer im Papier zu verankern, fand ebenso eine Mehrheit wie die Forderung, staatliche Energiebetriebe dürften nicht privatisiert werden, sondern müssten in öffentlicher Hand bleiben.

1.8 Finanzen

Der Abschluss 2009 ist erfreulich, erzielten wir doch einen Gewinn von über 13'000 Franken. Das Resultat ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Einnahmen sowohl bei den Mitgliederbeiträgen wie bei den Spenden und Mandatsabgaben deutlich höher ausfielen als budgetiert. Das gute Ergebnis erlaubt es uns, Rückstellungen für die Wahlen 2011 zu machen. Denn in Wahljahren sind erfahrungsgemäss eher rote Zahlen angesagt.

1.9 Politischer Ausblick

Auf eidgenössischer Ebene gilt es im laufenden Jahr, den bürgerlichen Angriff auf die Sozialwerke abzuwehren. Mit dem deutlichen Nein zur Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen ist ein guter Anfang gemacht. Doch auch bei der Arbeitslosenversicherung, bei der AHV und bei der IV stehen Abbau-Vorlagen an.

Auch auf kantonaler Ebene hat die Regierung ein weiteres Sparpaket angekündigt. Gleichzeitig stehen bürgerliche Forderungen nach neuerlichen Steuersenkungen vor allem für gut Verdienende und Unternehmen im Raum, sowie die Verschärfung der Schuldenbremse. Ohne

spürbaren Leistungsabbau im Service public ist das nicht zu realisieren. Dies gilt es, auch der Bevölkerung klar zu machen.

Schon bald steht das Parkraumbewirtschaftungskonzept zur Debatte. Obwohl wir mit der vorliegenden Regelung nicht nur glücklich sind, steht für uns fest, dass wir die Parkraumbewirtschaftung als ersten Schritt in die richtige Richtung verteidigen müssen. Die Abstimmung findet vermutlich im Juni statt.

In der Integrationspolitik schliesslich gehen die Bürgerlichen eigenartig populistische Wege. Mit diversen Vorstössen fordern sie Verschärfungen bei der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen und bei der Einbürgerung, und dies kurze Zeit, nachdem das Basler Integrationsgesetz in Kraft getreten ist.

Auch die Initiative für das Stimmrecht von Migrantinnen und Migranten könnte noch dieses Jahr zur Abstimmung gelangen. Bei dieser Initiative war BastA! von Beginn weg engagiert.

Im Namen der Koordination: Martin Flückiger

2 Bericht der Fraktion

Das Jahr 2009 begann in neuer Zusammensetzung und mit neuer Machtverhältnissen im auf 100 Sitze verkleinerten Parlament. Noch im Januar, also vor der ersten Sitzung der Legislatur, wechselte Markus Benz von der vor der Auflösung stehenden DSP zur Fraktion Grünes Bündnis. Mit 14 Sitzen war unsere Fraktion nun gleich gross wie die SVP-Fraktion, was jedoch die bürgerliche Mehrheit nicht daran hinderte, ihr schon im Voraus geschmiedetes „Päckli“ durchzuziehen und jeweils nur einen VertreterIn der Fraktion Grünes Bündnis in die 11er-Kommissionen zu wählen. Die Verteilung der Sitze in den Sach- und Aufsichtskommissionen entsprechen somit nicht den Mehrheitsverhältnissen im Grossen Rat, was die Kommissionsarbeit zum Teil mühsam und uneffizient macht. Auf eine Klage der Fraktion ist das Bundesgericht aus formalistischen Gründen nicht eingetreten.